opłata pocztowa uiszczona gotówką.

Einzelpreis 20 Groschen.

Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielsko, Pilsudskiego 13, Tel. 1029. Geschäftsstelle Katowice, ul. Młynska 45-3. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Eskomptebank, Bielsko. Bezugspreis ohne Zusendung Zl. 4.— monatl., (mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Welt am Sonntag" Zl. 5.50), mit portofreier Zustellung Zl. 4.50, (mit illustr. Sonntagsbeilage Zl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

2. Jahrgang. Mittwoch, den 27. November 1929. Nr. 319.

„Die Verfassung vom 17. März und die polnische Wirklichkeit"

Vortrag des Justizministers Stanislaus Car.

Prof. Jaworski hat aber mit diesen treffenden Bemerkungen seinen Kampf um die Revision der Verfassung nicht abgeschlossen. In seiner Arbeit unter dem Titel: „Gedanken über die staatliche Organisation" veröffentlichte er im Jahre 1928 ein Projekt einer neuen Verfassung. Es ist dies eine Riesenarbeit eines großen Gelehrten, die Synthese eines großen Wissens und einer vieljährigen Erfahrung. In der Einleitung sagt Prof. Jaworski, „daß er es in einer Zeit, in welcher die Notwendigkeit einer Revision der staatlichen Organisation so stark empfunden wird, als seine Pflicht erachte, seine Stimme zu erheben und die Resultate seiner Studien und seiner Erfahrungen in dieser Angelegenheit der Oeffentlichkeit zu übergeben." Er erklärt, „daß das erste Problem, das aus der Arbeit über die Revision der Verfassung hervorgeht, die Schaffung eines Elementes sei, daß ein Vermittler zwischen der Einzelperson und dem Staat wäre; es dürfe aber keine politische Partei sein."

Der große Rechtsgelehrte ist somit zur Ueberzeugung gekommen, daß das Hauptübel durch die ungesunde Praktik unserer politischen Parteien entstanden ist, denn er will die Reform unseres öffentlichen Lebens bei den Parteien beginnen. Dieselbe Meinung vertritt auch Prof. Rostworowski, der in einer seiner Arbeiten über die Frage der rechtlichen Entstehung unserer Verfassung als Ausgangspunkt die einleitende Vorschrift, welche lautet: „Im Namen des allmächtigen Gottes! Wir, die polnische Nation ... beschließen dieses Verfassungsgesetz im gesetzgebenden Sejm der polnischen Republik und bestimmen" nimmt und daraus folgende Bemerkungen zieht: „Also nicht: „wir Abgeordnete, die wir im Sejm versammelt sind", nicht „wir, der gesetzgebende Sejm", sondern „wir, die polnische Nation". Wenn aber die benützte Redewendung sich mit der Wirklichkeit nicht deckt, so beruht seine Bedeutung auf der Identifizierung durch die Verfassung auf Grund einer Rechtsfiktion dieser beiden Begriffe: Nation und Sejm, und auf der Annahme der Prämisse, daß Sejm und Nation ein und dasselbe sind.

Wie treffend sind diese Bemerkungen und wieviel Mißverständnisse wären vermieden worden, wenn nicht diese Anmaßungen des Sejm und noch mehr der oligarchischen Gruppen, ihrer Führer, nicht diese tatsächliche Wahrheit, verdunkeln würden, daß der Sejm nicht immer die ganze Nation repräsentiert, eine Wahrheit die der objektive Gelehrte aus Courtoisie „Fiktion" nennt.

Die juristische Literatur, die sich mit Verfassungsfragen beschäftigt, ist heute schon sehr ausgedehnt. Es ist heute unmöglich in einem kurzen Vortrage alles das anzuführen, was in den letzten Jahren über diese Materie geschrieben worden ist. Unter den Kritikern unserer staatlichen Organisation sehen wir viele bedeutende Namen von Gelehrten, Politikern und Publizisten. Diese viele verdiente Schriftsteller, Politiker, Journalisten und sogar gewöhnliche Bürger, die öffentlich in dieser Frage das Wort ergriffen haben, alle diese Stimmen kommen nach Analyse der einzelnen Institutionen unseres Verfassungsrechtes zu dem Schlusse, daß die Verfassung vom 17. März nicht imstande sei, Polen eine Machtstellung zu sichern und alle sehen das Hauptübel in der Beschränkung der exekutiven Gewalt.

Aber was am bemerkenswertesten ist, alle diese Autoren übertrifft in seienr rücksichtslosen und zerschmetternden Kritik Prof. Dubanowicz, der einstige Generalberichterstatter über die Verfassung. Er widmet der Frage der Revision der Verfassung eine Reihe von Abhandlungen, von denen die wichtigsten zwei sind und zwar „Revision der Verfassung" (veröffentlicht 1926) und „Ueber Verfassungsfragen" (veröffentlicht im Jahre 1928). In diesen beiden Abhandlungen bedient er sich bei der Kritik der Märzverfassung so starker Ausdrücke, daß seine Kritik schon nicht mehr eine negative Analyse eines Gelehrten, sondern eher ein Zerreißen der Kleider aus Verzweiflung über sein eigenes Werk oder eine Selbstkasteiung ist. Wir wollen hier einige Zitate aus diesen Werken anführen. Prof. Dubanowicz schreibt: „Wir betrachten mit ganz anderen Augen, mit Augen der Erfahrung und der Wirklichkeit heute, nach Ablauf von sieben Jahren die Aufgaben der staatlichen Organisation im Verhältnisse zur eigenen Bevölkerung."

Das Ausmaß und die Bedeutung der Mängel und der Unzulänglichkeiten der Märzverfassung werden mit jedem Monate und Jahre immer deutlicher. Es gibt bei uns ganze Gebiete des Lebens, in denen die rechtlichen Verhältnisse nicht weit entfernt von den Mustern russischen Bolschewismus sind."

Dann kritisiert er in scharfer Form die falsche Durchführung in der Märzverfassung des Grundsatzes der Teilung der Machtbefugnisse: „Le Puvoir Arrete le Puvoir". Er möchte jetzt — warum so spät — die Regierungsmacht vor dem Absolutismus des parlamentarischen Faktors verteidigen und sieht die Befähigung der Bevölkerung zur staatlichen Entwicklung in einer ausbalancierten Organisation mit einer hohen Autorität der staatlichen Macht. So sieht die Kritik der Verfassung vom 17. März im Lichte der Ansichten der Vertreter des polnischen Staatsgedankens aus. Diese alarmierenden Stimmen sind aber nicht der Ausdruck der ausschließlich polnischen öffentlichen Meinung. Auch in der westeuropäischen Literatur erheben sich Stimmen, man möge die Grundlage des Parlamentarismus revidieren. Immer öfters begegnen wir Ansichten über die Nachteile parlamentarischer Regierungen, über die Notwendigkeit der Einschränkung der Allmacht der Parlamente, über die Notwendigkeit eines Gleichgewichtes zwischen dem parlamentarischen Faktor und der Regierungsgewalt im Staate, sogar über die Schädlichkeit der parlamentarischen Regierung mit einem Worte über die parlamentarische Krise.

An der Spitze dieser Bewegung, die einen belebten Meinungsaustausch insbesondere in Frankreich hervorgerufen hat stehen die berühmten Schriftsteller und Politiker, deren Pläjade immer zahlreicher wird.

Als Beispiel werde ich einige charkateristische Ansichten für diesen Gegenstand anführen.

Casimir Perier erklärte in seinem Manifeste, als er am 15. Jänner 1894 von seiner Stellung als Präsident der französischen Republik zurückgetreten ist.

Das Amt des Staatspräsidenten ist beraubt einer Handlungsmöglichkeit und einer Kontrolle. Ich kann nicht ruhig die moralische Verantwortung, die auf mir lastet mit der Machtlosigkeit, zu der ich verurteilt bin vergleichen."

Aehnlich lautet in dieser Hinsicht der Ausspruch des gewesenen Staatsoberhauptes Josef Pilsudski in seiner bekannten Rede am 5. Dezember 1922 im Palais des Ministerrates in Warschau: „Wenn es sich um den Sejm und Senat handelt — so weiß ich nicht, ob absichtlich oder unbewußt — ich nehme an, daß eher unbewußt, ist die Arbeit des Präsidenten in dieser Richtung durch die Verfassung ganz beseitigt worden. Ich habe aufmerksam durchstudiert, worin nach dem Wortlaut der Verfassung das Verhältnis des Staatspräsidenten zum Sejm und Senat bestehen soll und fand außer seiner Wahl nur Strafen, die ihn für Hochverrat, Vergewaltigung der Verfassung und strafgesetzliche Uebertretung drohen."

Einen kritischen Standpunkt gegenüber der Fähigkeit eines Sammelkörpers zur Ausübung schöpferischer staatlicher Funktionen hat auch Raymond Poincare in seiner Rede beim Bankett der Alliance Republicaine Democratique im Jahre 1908 eingenommen. Er sagte: „Es kommt dazu, daß unsere parlamentarische Maschine seit einiger Zeit in einem leeren Raum sich bewegt und ihr Mechanismus verursacht in ihrer Haltlosigkeit mehr Lärm, als er Arbeit schafft. Und obwohl Poincare jetzt in einem Artikel, in dem er in der argentinischen Zeitschrift „Nation" die grellen Farben seiner früheren Ansicht etwas gemildert hat, so ist es mehr taktischen Gründen zuzuschreiben.

Die Notwendigkeit der Reformierung des Baues der Regierungsgewalt in Frankreich erhebt fast einstimmig die ganze französische Wissenschaft. So schreibt zum Beispiel Larnaude, der Dekan der juridischen Fakultät der Pariser Universität mit einer großen Dosis von Trauer und Erbitterung über die Regierung der dritten Reublik: „Es gibt nichts traurigeres für einen Menschen aus meiner Generation, der an die parlamentarische Republik geglaubt hat, der mit Händeklatschen die Verfassung vom Jahre 1875 begrüßt hat, der durch so viele Jahre die Grundsätze des öffentlichen und Verfassungsrechtes gelehrt hat, als der Anblick der jeden Tag verdrehten, bedrohten und vergewaltigten Verfassung. Die parlamentarische Regierung in der jetzt geübten Praxis muß einer Revision unterzogen werden oder sie wird zu Grunde gehen. Wenn sie sich nicht jetzt reformieren wird, so setzt sie sich der Gefahr aus, daß sie durch einen Sprung ins Dunkle vertreten werden wird!" „Bei dem System der parlamentarischen Regierung, in der Gestalt, wie sie bei uns besteht, gibt es eigentlich keine Regierung im vollen Sinne dieses Wortes. Bei der offenen oder versteckten Ingerenz des Parlamentes ist es unmöglich zu regieren."

Prof. Redslob führt in seiner neuesten Arbeit über die parlamentarische Regierung aus, daß das Wesen der parlamentarischen Regierung in dem Grundsatze eines Gleichgewichtes zwischen der gesetzgebenden und exekutiven Gewalt bestehe. Daraus folgt nach Ansicht des Verfassers unter anderem, daß das gesetzgebende Organ seinen Willen der Regierung nicht aufdrängen könne, denn eine derartige Macht würde dem Wesen der parlamentarischen Regierung widersprechen. Das Parlament hat nur das Recht der Kritik. Bei dem System der parlamentarischen Regierung handelt es sich um das Ausfindigmachen des eigentlichen Gleichgewichtes und um eine Teilung der Funktionen, die der Regierung die unbedingt notwendige Handlungs.freiheit gewähren, wobei jedoch naturgemäß der Kontakt mit den Bestrebungen der Nation, die durch das Parlament, das die Bindung zwischen dem Ministerium und dem Volke darstellt, zum Ausdruck kommt, erhalten werden muß." Ueber das französische System der parlamentarischen Regierung schreibt der Verfasser folgendes: „Wenn ich das Verfassungswerk des gegenwärtigen Frankreichs reasümiere, so muß ich sagen, daß die Dritte Republik nicht ein Typ sei, wie zum Beispiel die englische Regierung, die schweizerische, die nordamerikanische u. die frühere deutsche Regierung. Die Dritte Republik ist eine Bewegung in der Richtung einer parlamentarischen Regierung, aber eine Bewegung, die vom Wege abgezweigt ist und auf ein einseitiges Geleise gekommen ist." „Der grundlegende Grundsatz, nach welchem das Parlament und das Staatsoberhaupt eine gleiche Gewalt besitzen, der Grundsatz auf dem die Organisation der englischen Regierung aufgebaut ist und die das Wesen der parlamentarischen Regierung ist, besteht nicht in Frankreich. Aus verschiedenen Gründen, insbesondere auf das Dogma der Souveränität des Volkes und mit Rücksicht auf die Wahl des Staatspräsidenten durch die Kammern, genießen die gesetzgebenden Körperschaften ein weitgehendes Uebergewicht. Es gibt kein Gleichgewicht, es ist eine Abhängigkeit."

Vor einigen Jahren erschien in der „Revue de Deux Mondes" eine Abhandlung des temperamentvollen französischen Schriftstellers Charles Benoist unter dem Titel „La parlamentarite". Mit diesem Namen bezeichnete der französische Schriftsteller die Krankheit, die der Parlamentarismus durchmacht und bei welcher er im Fieberzustand unzurechnungsfähig wird. Mit großem literarischen Talent beschreibt Benoist die Erscheinungen dieser Gehirntribune. Er sagt: „Betrachtet, ich bitte Euch, aufmerksam diese Leute, die im Parlamente sind. Schauet, was sie sind und erinnert Euch, was sie hier machen. In zwei großen und schrecklichen Worten sei es gesagt: „Sie schaffen Gesetze!" Aber wissen sie auch was Gesetze sind und wie man sie schaffen soll? Achtzehntel von ihnen vermuten das gar nicht . . . der blinde Zufall von Intrigien und unvorhergesehener Zwischenfälle macht sie zu Gesetzgebern. Sie sind selbst improvisiert — und improvisieren daher auch. Ueber welches Thema? Ueber jedes. Ihre Gewalt hat keine Grenzen, weder nach Außen noch nach Innen, aber auch nichtin ihrem Verstande und nicht im Gegenstande, der zum Gesetze werden soll . . . ."

„Sie ändern, werfen um, beseitigen in einem Moment, wie es ihre dumme Phantasie gerade erfordert, die Regeln, die langsam, durch Erfahrung von ganzen Generationen auf-

Das amtliche Ergebnis der Wahlen im Teschner-Schlesien.

Nach dem amtlichen Ergebnis der Kommunalwahlen in den Landkreisen im Teschner-Schlesien entfallen auf die Regierungsliste 770 Mandate und auf die Liste der Oppositionsparteien (Sozialdemokraten und deutsche Wahlgemeinschaft) 277 Mandate.

Im Wahlkreis Bielitz erhielten die deutsche bürgerliche Listen 37 Mandate und die deutschen Sozialdemokraten 52, die Liste des Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes 5 Mandate.

Im Wahlkreis Teschen sind keine deutschen Listen eingereicht worden. Nach dem amtlichen Ergebnis ist ein Rückgang der deutschen Stimmen und auch der sozialdemokratischen Stimmen um je 20 Prozent zu verzeichnen.

---

gestellt worden sind. Die soziale Ordnung, die militärische Organisation, die Grundlagen des Staates, seine Beziehungen zu den anderen Staaten, das was bleibt und das was vorübergeht, die Jahrhunderte währenden Traditionen und die Tagesereignisse, die Doktorin u. die minderwertigen Ereignisse, alles berühren sie, alles wollen sie in ihre Machtbefugnisse einreihen, alles erschüttern sie, alles vernichten sie schließlich. Wie kleine lärmende und schlechterzogene Buben spielen sie je nach ihren Capricen. Das Feld ihrer Tätigkeit ist allseitig und ihre Macht erdrückend. . . . Der Despotismus der Herrscher hat Rücksichten gekannt. Er hat sich nur von Zeit zu Zeit aufgedrängt, aber die Tyrannei dieser Versammlung kennt keine Rücksichten, denn sie denkt nur an ihre Zukunft und hat das Bewußtsein, daß sie nicht ständig ist. Wenn zu allen noch die Korruption dazu tritt, so beginnt der Parlamentarismus in Zersetzung überzugehen.“

Dies ist ein plastisches Bild eines französischen Schriftstellers, daß aber leicht auch für unsere Verhältnisse anzuwenden wäre.

Ein anderer französischer Schriftsteller bezeichnet den Parlamentarismus als „Culte de L'inconpetence“. Aber wenn wir diese etwas grell gemeinten Meinungsäußerungen als Alarmstimmen bezeichneten, so fehlt es auch nicht an Meinungsäußerungen, die sachlich ruhig, obwohl nicht minder kritisch die Mängel des Parlamentarismus besprechen.

Zu diesen gehören in erster Reihe die Arbeiten der interparlamentarischen Union.

Die Krise des Parlamentarismus ist keine vereinzelte Erscheinung, die nur in einigen Staaten auftritt. Sie ist die Folge der allgemeinen Revolution dieses Regierungssystemes, eine Etappe des Parlamentarismus angesichts der neuen Wirklichkeit. Ein Beweis des allgemeinen Charakters dieser Krise ist die Tatsache, daß sie Gegenstand der Beratung und Diskusion in Organisationen von internationalem Charakter geworden ist. Ich denke hier an die Interparlamentarische Union dieses Parlament der Parlamente der ganzen Welt, die im Jahre 1924 bei ihrem 24. Kongresse in Bern und Genf festgestellt hat, daß die Krise des Parlamentarismus gegenwärtig fast alle Staaten ergriffen habe. Um die Gründe dieser Krise festzustellen und Mittel zur Bekämpfung derselben ausfindig zu machen, hat die Union eine besondere Kommission ins Leben gerufen, die nach Durchführung einer Reihe von Enquetten unter den gelehrten Kennern des Verfassungsrechtes und nach gründlichen Beratungen durch ihren Berichterstatter Dr. Wirth, den gewesenen Kanzler des deutschen Reiches, festgestellt hat, daß die Besserung des Parlamentarismus vor allem durch Zusicherung einer Einheitlichkeit und Stabilität der Regierung, die unumgänglich zu einer erfolgreichen Tätigkeit einer Exekutivgewalt sind, erlangt werden kann. Als Mittel zur Erlangung dieses Zieles, das über die Gesundheit oder Krankheit der staatlichen Organisation entscheiden soll, hat die Kommission beantragt, daß das System der Designierung der Regierungsmitglieder für einen bestimmten Zeitraum, ähnlich dem amerikanischen und schweizer System, angenommen werde.

Auf Grund des Referates des gewesenen Kanzlers Dr. Wirth entwickelte sich bei dem 25. Kongresse der parlamentarischen Union im Jahre 1928 eine lebhafte Diskussion, bei der die hervorragendsten Parlamentarier in der ganzen Welt, die den verschiedensten politischen Lagern angehören, zu Worte gekommen sind. Sie unterscheiden sich zwar mit Bezug auf die Ansichten in einer Reihe von Fragen bezüglich der Einschätzung und der Reform des Parlamentarismus, aber alle Redner sind sich darüber einig, daß alle Staaten mit parlamentarisch-demokratischem Typus der Regierungen mehr oder weniger die Krise des Parlamentarismus empfinden und daß dieselbe ihre Ursache vor allem in der mangelnden Stabilität und in der Schwäche der Regierungen habe, die in ihrer Existenz und ihrer Tätigkeit von gegenseitig sich bekämpfenden zahlreichen Parteien abhängig sind.

Die innere Uneinigkeit des Parlamentes hat zur Folge, daß die Regierungen unbeständig, schwach und ihre Tätigkeiten ohne Erfolg sind. Dies hat wieder die Schwächung der Kräfte und der Machtstellung des Staates zur Folge und untergräbt auch die Autorität des Parlaments selbst, da es seine Befähigung zu einer schöpferischen staatlichen Arbeit fraglich macht.

Kennzeichnend für unsere Verhältnisse ist die Stimme des hervorragenden polnischen Parlamentariers Thugutt bei der Diskussion auf obigem Kongresse. „Mit Recht“ — sagt Thugutt — „wirft man den heutigen Parlamenten Mangel an Willen vor. Auf welche Weise soll aber dieser Wille entstehen, wenn unsere gesetzgebenden Körperschaften in direkt lächerlichem Verhältnis, auf 10, 15 und manchmal sogar auf 20 Parteien verteilt sind. Eben dieses Spalten in zwanzig Teile bildet unsere Krankheit... Und wenn man infolge der eigenen Schwäche außer Stande ist, eine Entscheidung zu fällen, so darf man nicht andere hindern, diesen Willensakt der für das Leben jeder Institution notwendig ist, zu fassen.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede hat Thugutt folgenden Beschluß beantragt: „Es besteht die Notwendigkeit, die moralische Verantwortung der Parteien zu heben und dürfen die Parteien nicht eine Regierung stürzen, wenn sie dieselbe nicht sofort durch eine neue Regierung ersetzen können. Es ist dies eine sehr leichte Sache“, sagt in der Begründung seines Antrages Thugutt. „Wenn das Parlament leben und sich entwickeln will, so muß es vor allem der Bevölkerung gegenüber seine moralische Autorität bewahren. Um diese Autorität zu erlangen, muß man wissen, was man will, muß jederzeit bereit sein, für seine Handlungen die Verantwortung zu übernehmen. Die Kabinettskrisen, die manchmal wochenlang dauern, erwecken in der Bevölkerung einen Unwillen gegen die parlamentarischen Einrichtungen, denn sie sind ein Zeichen der Schwäche derselben.“

Der Mangel an Stabilität der parlamentarischen Regierungen, die in ihrer Existenz und ihrer Tätigkeit von dem Willen der Parteien abhängen, hat auch in der positiven Verfassungsgesetzgebung einer Reihe von Staaten die Tendenz zur Einführung gewisser rechtlicher Einschränkungen ausgelöst, die den staatlichen Organismus vor den öfteren Zufallserschütterungen und manchmal leichtsinnigen Regierungskrisen schützen sollen. Als Beispiel diene die tschechoslowakische Verfassung (Par. 75—77), die österreichische (Art. 74) und die preußische (Art. 57), die bestrebt sind, der Regierung eine gewisse Stabilität zu verschaffen, indem sie eine gewisse Anzahl von Anwesenden, Abgeordneten und eine qualifizierte Mehrheit für das Mißtrauensvotum verlangen. Am weitesten ist in dieser Richtung die neueste griechische Verfassung aus dem Jahre 1927 gegangen, die außer der Restriktion formeller Natur, ähnlich wie die tschechoslowakische und österreichische Verfassung, auch materielle Beschränkungen von großer Bedeutung eingeführt hat, die den Regierungen eine gewisse legale Stabilität auf Grund der Verfassungsvorschrift selbst sichern sollen. Außer der Forderung, daß beim Antrag auf Erteilung eines Mißtrauenvotums der Regierung eine bestimmte Anzahl von Unterschriften und Stimmen vorhanden sein muß und daß die Angelegenheit, die die Einbringung des Antrages hervorgerufen hat, angeführt werden muß, bestimmt die neue griechische Verfassung im Artikel 88 einen obligaten zweimonatlichen Termin, der nach Ablehnung des Antrages auf Erteilung eines Mißtrauensvotums bis zur Einbringung eines neuen solchen Antrages abgelaufen sein muß. Diese neue Konstruktion einer parlamentarischen Regierung bedeutet einen bedeutenden Schritt nach vorwärts in der Richtung des Schutzes der Stabilität der Exekutivgewalt, denn sie stützt diesen Schutz nicht auf Restriktionen von formell prozentueller Natur, sondern auf eine Vorschrift von materiell rechtlichem Charakter, die eine Korrektur des rechten Baues selbst der parlamentarischen Regierung einführt. Diese Lösung in der griechischen Verfassung ist ein Mittelding zwischen der gewöhnlichen parlamentarischen Verantwortung der Regierung, die von Zeit zu Zeit angewendet wird, und der periodischen Verantwortung (zum Beispiel nach dem amerikanischen oder schweizer Systeme).

Dies ist ein Bild wie die öffentliche Meinung und die europäische Gesetzgebung sich zum Parlamentarismus stellt. Und würde im Spiegel der Erfahrungen des täglichen Lebens, im Lichte, wenn ich mich so ausdrücken soll, der polnischen Wirklichkeit die Einschätzung der Märzverfassung besser ausfallen?

Für uns, die aus der Nähe das Treiben unseres Parlamentes vor dem Maiumsturz betrachtet haben, ist dies eher eine retorische Frage, die keiner Antwort bedarf, denn in dieser Hinsicht ist die polnische öffentliche Meinung gleicher Ansichten.

Außer fortwährender Regerungskrisen, die vom Sejm hervorgerufen worden sind, und lang währender Krisen infolge der Unmöglichkeit der Bildung neuer Regierungen, außer den das Tageslicht scheuenden und allgemeine Erbitterung hervorrufenden Couloirshändeln, schließlich außer der sich jeder Kontrolle der Bevölkerung entziehenden Obligarchie des Seniorenkonvents, der, gegen die Verfassung, sich das Recht der Entscheidung der wichtigsten Staatsfragen anmaßt, erfüllt der Sejm, der nach den Ansichten der Schöpfer des Verfassungsgesetzes die einzige Schmiede des Gesetzes sein will („Ohne Zustimmung des Sejm gibt es kein Gesetz“, bestimmt der Artikel 13 der Verfassung), keine der auf ihm lastenden Pflichten.

Innerlich zerrissen, in Parteien zerklüftet, durch organische Machtlosigkeit beherrscht, hat der Sejm in den ureigensten Gebieten der Gesetzgebung auf seine Vorrechte verzichtet, indem er zum Beispiel durch das Rahmengesetz vom 11. Jänner 1924 der Regierung Grabski ausgedehnte Vollmachten einräumte zur Erlassung von Normen im Wege von Verordnungen des Staatspräsidenten auf dem damals so wichtigen Gebiete des staatlichen Lebens, wie es die Besserung der Finanzen und der Valutareform waren.

Deshalb war der Damm, der durch die Maiereignisse diesem Schauspiele gesetzt wurde, eine große Erleichterung für das Land. Die Regierungen nach dem Maiumsturze haben ihre Arbeit unter dem Losungsworte der Revision der Verfassung des Staates begonnen. Und schon am 2. August 1926 wurde eine Novelle zur Verfassung beschlossen, durch die die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten durch Erteilung des Rechtes der Auflösung des Sejm und Erlassung von Verordnungen mit Gesetzeskraft, durch teilweise Verbesserung der Prozedur bei Erteilung des Mißtrauensvotums an die Regierung und durch Verbesserung des Verfahrens bei Budgetverhandlugnen erhöht worden sind. Aber die Novelle vom 2. August 1926 bildet erst die erste Etappe auf dem Wege der Verwirklichung des durch diese Regierungen gefaßten Planes. Die weiteren Etappen des Kampfes um die Verbesserung der staatlichen Organisation will die Regierung auf dem Wege der Revision der Verfassung erlangen, die dem jetzigen Sejm als zweitem Sejm nach dem gesetzgebenden Sejm durch den Artikel 125 (Abs. 3) der Verfassung aufgetragen worden ist.

Die Richtung dieser Reform ist nicht erst heute allgemein bekannt; die Grundlage derselben bildet das Losungswort der Schaffung einer starken Exekutivgewalt in Polen, die imstande wäre, dem jungen Staate eine weitere glänzende Großmachtentwicklung zu sichern und ihn in für seine Existenz gefährlichen Momenten zu schützen. Den Weg zur Realisierung dieser Bestrebungen sehen diese Regierungen in der Uebertragung des Schwerpunktes der Exekutivgewalt im Staate auf die Person des Staatspräsidenten im Rahmen der demokratischen Organisation und bei Erhaltung der Rechte des Parlamentes für eine verständige, sachliche Kontrolle der Tätigkeit der Regierung.

Hier muß bemerkt werden, daß der Begriff einer starken Macht mit dem Begriffe einer absoluten Macht nicht identisch ist, trotzdem beide Begriffe aus demagogisch-agitatorischen Gründen sehr oft identifiziert werden.

Auch die Angst vor einem „absolutum dominum“ ist ein in der Sphäre der Ideologie der demokratischen Verhältnisse des 20. Jahrhunderts schädliches, spezifisch polnisches, geschichtliches Ueberbleibsel, das dem polnischen Staate vor der Teilung Polens so viel Unglück gebracht hat.

Die Revision der Verfassung darf und kann nicht ein Attentat auf die Rechte der Demokratien sein; aber sie sichert der Demokratie die erfolgreichsten Formen der Kontrolle der Tätigkeit der öffentlichen Behörden und muß die Demokratie in einen harmonischen Zusammenhang mit einer in ihren Grundlagen starken Organisation des Staates bringen, denn nur ein Staat, der sich nach Außen und Innen einer Autorität bewußt ist, ist imstande, seinen staatlichen und sozialen Einrichtungen die Sicherheit zu garantieren. Die Rechtsform, in welche diese Vorschriften eingekleidet werden sollen, ist eine Frage von nebensächlicher Bedeutung. Aber die Grundsätze müssen außerhalb jeder Diskussion und jeden Kompromisses stehen.

Zu dieser Aktion erwartet die Regierung die Unterstützung der breiten Massen der polnischen Bevölkerung, die in kritischen Momenten immer den gesunden staatlichen Instinkt aufleben gelassen hat. Und daß die Erwartungen der Regierung in dieser Richtung nicht unreal sind, beweisen die Ansichten, die Beschlüsse der Kongresse und sogar konkrete Projekte über die Reform unserer Verfassung, die in der Bevölkerung entstanden sind. Zu diesen Ansichten, die sich im Sinne der Stärkung der Exekutivgewalt in Polen, somit in der Grundrichtung der Forderung des Regierungsprogrammes, aussprechen, gehören: die Beschlüsse des Kongresses der polnischen Juristen in Wilno im Jahre 1924, ein Sammelgutachten der Warschauer Juristen, daß im Jahre 1929 im Buche unter dem Titel „Die Revision der Verfassung“ erschienen ist, die Enquette, die über Initiative des Präsidiums der Ständigen Delegation der Verbände und der Rechtsinstitute der Polnischen Republik durchgeführt worden ist, und deren Ergebnisse im Jahre 1929 publiziert worden sind, die reiche juristische Literatur und die publizistischen Veröffentlichungen der Krakauer Professoren, die ich schon oben erwähnte, schließlich der Beschluß des Sejm vom 22. Jänner 1929, der die Notwendigkeit der Revision bestätigt, der unter dem starken Drucke der öffentlichen Meinung gegen die Stimmung der sejmokratischen parlamentarischen Elemente zustande gekommen ist.

Der entschiedene Wille der Regierung, unterstützt durch den gesunden Instinkt der Nation wird ohne jeden Zweifel das Werk vollbringen, das die Nachkommen von der jetzigen Generation zu erwarten berechtigt sind. Die polnische Nation hat nicht dazu durch Jahrhunderte währende Knechtschaft die Fehler unserer früheren Organisation, die auf der goldenen Freiheit basierte (Liberum veto, Königswahl, das Recht zum Aufstande und zu Konföderationen), bezahlt, nicht dazu in den Aufständen gegen die brutale Uebermacht ihr Blut vergossen und gebetet: „Das Vaterland, die Freiheit wolle uns, o Herr, wiedergeben“; nicht deshalb hat der graue polnische Soldat in blutigen Kämpfen sein unverjährtes Recht verteidigt, damit wir die wiedererlangte Unabhängigkeit wieder einer Gefahr aussetzen dadurch, daß wir alles vergessen und nichts dazu gelernt haben. Die opferwilligen Opfer — dieses wertvolle vergossene Blut — sei eine Warnung für uns. Das heutige Polen, das moderne Polen wird nicht, wie das einstige „durch Unordnung leben“ wollen. Die harten Urteile der Geschichte haben uns sehr schmerzlich die Folgen dieses wahnsinnigen Losungswortes zu fühlen gegeben.

Wir müssen für das wiedererstandene Polen eine solche Organisation und Verfassung erobern, die eine Garantie für seine Machtstellung schafft. Wir müssen eine Organisation ausarbeiten, die befähigt ist, Polen vor Unglück und Niederlagen in schweren geschichtlichen Momenten zu schützen. Deshalb gehen wir bezüglich der Grundlagen derselben keinen Handel ein und gegen jene, die der Realisierung dieses Planes sich entgegen stellen, werden wir einen rücksichtslosen und entschiedenen Kampf aufnehmen.

Bürger, laßt Euch keinen Sand in die Augen streuen!

Wir führen den Kampf nicht um unsere Macht, denn eine Regierung, welche die Staatsidee des Marschall Pilsudskis realisiert, hat die Macht in den Händen, aber wir kämpfen um eine gesunde staatliche Organisation, die Polen eine Stellung unter den Nationen der Welt auch für die künftigen Generationen verschaffen soll. In diesen Kampf gehen wir treu dem politischen Vermächtnisse der Konstitution vom 3. Mai,

„Keine, selbst die beste Regierung kann ohne starke Exekutivgewalt bestehen“.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Vernachlässigung dieses Teiles der Regierung Polen ins Unglück geführt hat.

Eingesendet.*)

Das Lobnitzer Talsperren-Projekt.

Nach dem Tatbestande.

Von Dir. Wilhelm Simon.

Schluß.

Wird hingegen die alte Wasserleitung trotz der Zerstörungen, die vielleicht irgendwie nutzbar zu machen wären, belassen und der Bau einer großen Gebrauchswasser-Versorgung anderorts vorbereitet auch in Angriff genommen, so verzinst erst einmal die alte Wasserleitung das Beginnen und anderseits wäre es Sache der Industrie, daß diese das Unternehmen in der Hauptsache fördert. Da überdies die Baukosten viel kleiner wären, der Beitrag der Gemeinde auch nur ein Teil wäre, so brauchte die Gemeinde nur mehr — so wie es früher geplant war — die Garantien für die Baukosten zu tragen oder sie könnte aber, bei größerem Beitrag, **sichere Garantien** für eine ausgiebige Verzinsung fordern.

Auch dieser Effekt wäre der, daß der Haushalt seine ausbezahlte Trinkwasserleitung behält, zu keinerlei Opfer als wie zu der Beitragsleistung der Gemeinde verpflichtet wäre (allerdings die Industrie zahlt die meisten Steuern, daher auch Anrecht auf Unterstützung) und die Industrie freie Bahn zu ungehemmter Entwicklungsmöglichkeit hätte, da Wasser mehr als genug zulaufen könnte. Da auch die Baukosten nur wenige Millionen betragen und, was sehr wesentlich ist, die Erhaltungskosten (als glatte Rohrleitung) viel, viel kleiner wären, als sie bei der Lobnitzsperre sein könnten, so wäre ein leicht erschwinglicher, zumindest tragbarer Wasserpreis bei guter Verzinsung mit **Sicherheit** zu erreichen.

Wenn man die Wirtschaftlichkeit zur Grundlage der Handlungen nimmt, so muß man auch die Tragweite daraus bis zum effektiven Resultat verfolgen und als letztes Ziel dieser Handlung unterlegen. Bei der Lobnitzer Talsperre finden wir aber, daß die Auslagen für diesen Bau jedoch über das Bestandvermögen der Gemeinde weit hinaus gehen, also von vornherein als „gewagt“ erscheinen müssen. Desgleichen ist festzustellen, daß die Baukosten für die Lobnitzer Talsperre nicht in vollem Umfang als Aktivpost in das Bestandvermögen der Gemeinde eingesetzt werden können, da die Talsperre in ihrem Aufbau, dazu auf fremden Grund (die Millionen tiefer in die Erde vergraben), ja nur einen „Liebhaberwert“ repräsentiert, daher nicht als Aktivpost, sondern als Schuldpost die Bilanz der Gemeinde weiter schwächen muß.

Eine Gemeinde kann gegebenenfalls auch über das Gemeindevermögen hinaus Unternehmungen, ja sogar Monopole ohne sonderlichen Sachwert erwerben, wenn damit der Bevölkerung billigere Lebensbehelfe (z. B. Gas) mit erworben werden und überdies eine absolut sichere Verzinsung und Tilgung gegeben erscheint.

Bei der Lobnitzer Talsperre aber fehlen diese Vorbedingungen nicht nur gänzlich, sondern die Existenz dieses Unternehmens müßte, wie angeführt, noch überdies aus den Existenzmitteln der Bevölkerung herausgepreßt werden.

Stellt man also, das Bestandvermögen der Gemeinde von ca. 8 Mill. der neuen Schuldenlast von 10 und, man weiß nie, auch 15 Millionen gegenüber und berücksichtigt weiters, daß die Bevölkerung überdies durch Ueberzahlung der Wasserpreise bald 2 Millionen dazu nutzlos opfern müßte, so muß es für jeden klar sein, daß das Lobnitzer Projekt sich als ein **aufgelegtes, dazu schäbiges Pleitegeschäft entpuppen muß.**

Doch ehe wir das Kapitel über die Lobnitzer Talsperre schließen, haben wir noch eine verdammt kitzlige Frage zu bereinigen, nämlich die, wer den eigentlich die Verantwortung für das ganze Unternehmen und die Haftung, die Garantien für die so viel gepriesenen Erfolge trägt?! Wir wissen doch, daß der Haushalt bei höheren Preisen keinen Mehrverbrauch haben würde und die Industrie jede Garantie glatt abgelehnt hat, bei höheren Preisen ebenfalls nicht wesentlich mehr Wasser als jetzt beziehen würde. Dazu wurden die Baukosten von „allerhöchstens“ (wie versichert wurde) von 4 Millionen auf „wahrscheinlich“ 9 750 000 Zloty nach der Beschlußfassung hinaufgeschraubt, so daß die Pleite gleich im ersten Jahr so gut wie sicher wäre. Es ist ja begreiflich, daß sich die Schöpfer der Idee, sobald es schief zu gehen beginnt, nach ihrer Befriedigung und ihrem Geschäftsprinzip „hinter mir die Sündflut“ einer nach dem andern in die Büsche schlagen möchten, der Gemeinde aber doch die Lasten und den Herrn Sachverständigen die Verantwortung verblieben. Es ist daher unerläßlich notwendig, daß der Bevölkerung volle Klarstellungen gegeben werden, jedoch ohne phrasenhafte Versicherungen, sondern durch Tatsachen und Beweismaterial. Es soll uns sehr recht sein, wenn wir auch nur in einem Punkte Unrecht hätten.

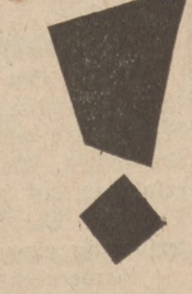
Ein Kapitel für sich ist die Behebung des tatsächlich vorhandenen Wassermangels (d. h. für den Haushalt nicht, sondern für die Industrie) und daß auch hier ganz gründlich durchgegriffen werden muß, ist nach der Sachlage eine absolute Notwendigkeit. Die Aufnahme der alten Pläne, Hinzuziehung etwa neuer Entwürfe, besonders die gründlichen Verhandlungen mit dem Staate, Hinzuziehung anderer Fragen als z. B. die gleichzeitige Lösung der Elektrizitätsfrage usw. werden immerhin wieder eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, sodaß unter allen Umständen und möglichst sofort für die Herbeischaffung einer größeren Wassermenge Sorge getragen werden muß. Aber auch die hiezu getroffenen Maßnahmen dürfen -- so weit als möglich — nicht den Charakter eines Provisoriums tragen, sondern müssen dem Bestande der alten Wasserleitung zu Gute kommen, die Bausummen als Wertbestand erhalten werden.

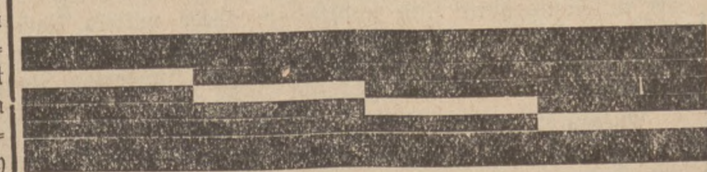
Daß die Ergänzung der bestehenden Wasserleitung nur aus den Bergen zu entnehmen ist und nur von dort her genommen werden kann, ist außer Frage, und wer sich weiter zu dem Satz versteigen wollte, daß die einzige Rettung nur Lobnitz sei, der müßte wirklich welt- und wesensfremd wandeln oder mit Absicht, Tatsachen leugnen wollen. Wie und was alles hiezu zu machen sei, kann hier nicht zur Ursache „weiser Vorschläge“ werden, sondern muß der eigene Wirkungskreis des Herrn „Sachverstänigen“ wie auch der „Lokalgrößen“ bleiben, die doch sonst immer zu maulen verstehen und zu jeder Futterkrippe drängen.

So wie in meiner im Jahre 1926 erschienenen, verbrecherischen Veröffentlichung sei blos die Tatsache wiederholt, daß mit der Vernachlässigung der vorhandenen Wasserleitung der offene Zweck verfolgt wurde, **mit Wassermangel die „Notwendigkeit“ der „Talsperre“ zu erweisen,** daß die Wege zur Erhöhung der Leistung nur gesucht zu werden brauchen usw. Hätte man z. B. damals schon die Hochreservoire in Alexanderfeld vergrößert, so daß das Wasser auch während der Nacht, an Sonn- und Feiertagen zufließen konnte und nicht abgesperrt in Lobnitz ablaufen mußte, so konnten schon damit 500 cbm täglich (für den Haushalt fast hinreichend) hinzugewonnen werden und hätte man bereits vor Jahren die vollständig vernachlässigte Zuleitung (inkrustiert, Steine und Schutt von dem damaligen Hochwasser usw.) gereinigt mit einer Hilfsleitung versehen (Tatsache ist, daß wir sogar bei Hochwasser in Lobnitz, dennoch hier, an Wassermangel leiden, weil eben das Wasser nicht hereinfließen kann) und auch bei den Brunnenanlagen Ordnung gemacht, so wäre es möglich gewesen, die alte Leistung (von 4 000 cbm) sofort auf eine weit höhere Leistung zu bringen.

Der Wassermangel ist somit nur ein künstliches Produkt und dabei ein gewissenloses Spiel mit der Gesundheit der Bevölkerung. Schon die Absperrung der Haushalte (wobei doch von 800 cbm nur 2—300 erspart werden konnten, dagegen die andere Wassermenge, 3500 — 800 ist gleich 2700 ab Verlust also rund 2000 cbm täglich, doch andere „Abnehmer“ finden mußten) beweist, daß hier jedes Verantwortungsgefühl in der Geschäftsmoral aufgegangen ist.

Nebenbei bemerkt, bedarf es zur Lösung der Wasserfrage keiner neuen Sachverständigen. Hut ab vor wirklichen Fachgrößen, für diese ehrliche Unterlagen, offene örtliche Aufklärungen, andererseits aber selbstlose Männer im Gemeinderat. —





Damit kommen wir auf den Standpunkt unserer Vorfahren, auf den größten lokalen Fachmann aller Zeiten, einen Josephy zurück, der auch sehr wohl erkannt hatte, daß hier bei der Wasserversorgung nicht allgemeinen Regeln nachgegangen werden kann, sondern der örtlichen Lage, der speziellen Entwicklung der Industrie entsprechend, das Ganze erst immer wieder durch spezielle Maßnahmen zu einem Einheitsbild zusammenzufassen sei. Nachdem das Wasser für den Haushalt wohl nur allgemein, hingegen für die Industrie (besonders nach der Art des Bedarfes) jedoch zur Existenzfrage geworden ist, (und der Wasserbedarf sich nach dieser Richtung erweitert) und mit der Entfaltung dieser Existenzfrage bezw. Entwicklung der Industrie auch das Aufblühen der Städte unzertrennbar verbunden erscheint, haben unsere Vorfahren — entgegen dem heutigen Versuch, die ganze Zukunft unserer Stadt an einen Froschteich zu binden — der Wasserversorgnug getrennte Wege vorgezeichnet. Diese Maßnahme ist so notwendig und hat sich so vorzüglich bewährt, daß es eigentlich keiner Worte u. keiner Aenderung bedurft hätte, wenn nicht das Gebilde egoistischer Zwecke dieses alte harmonische Einheitsbild überschattet hätte. Daher sei der Ausspruch unseres größten Fachmannes Josephy für alle in Erinnerung gebracht, und empfohlen, daß sich die Stammbuchschreiber der „Schlesischen Zeitung“ dies hinter ihre eigenen „Löffel“ schreiben und zwar:

An der bestehenden Wasserleitung ist nicht zu rühren; diese ist für den Haushalt gebaut und reicht noch auf 100 Jahre (für 50 000 Einwohner) der Industrie aber muß, wenn diese konkurrenzfähig bleiben soll, eine unerschöpfliche Wassermenge und zwar billig zur Verfügung stehen.

Dieser Fachmann hat sich wiederholt auch über Qualitätsfragen des Wassers, über die Festigung des Heimatbodens als Existenzbasis gerade für den Arbeiter in wirklich herzlichster Weise ausgesprochen und den Widersinn erläutert, der in dem Zusammenhäufeln der Haushalte mit der Industrie liegen müßte, weil örtlich auch die Möglichkeit vorhanden sei, beide Teile nach ihrem Bedarf zu befriedigen usw. Das Lobnitz-Projekt war für diesen weitausblickenden Fachmann überhaupt undiskutabel und wäre auch nie aus der Versenkung gekommen, wenn auch nur der „Abglanz“ eines Josephy im Gemeinderat gesessen hätte.

Die mit allen Drometen der deutschen Einheitspächter ausposaunte Pauschaldevise „Bielitz braucht Wasser“ ist eigentlich nur eine mit Absicht hereingetragene Begriffsverwirrung, ein Verkehren von Tatsachen, um die „Verdienste“ zu decken. Wir haben ja gar nicht darüber große Auseinandersetzungen zu pflegen, ob die Lobnitzer Talsperre ein Betrug am Volke sei, ob auch alle Schmarotzer durch Chlorzusatz wirklich abgeschlachtet werden können, sondern haben einfach das alte Projekt der Alten, die getrennte Wasserversorgung zur Grundlage unserer Handlungen aufrecht zu halten. Dies um so mehr, als wir aus den Erfahrungen aus der ganzen Sachlage erkennen müssen, daß für unsere „speziell örtlichen“ Verhältnisse die getrennte Wasserversorgung nicht nur allen Zwecken entspricht, sondern gerade in wirtschaftlicher Hinsicht die **allergrößten** Vorteile bietet.

Diese Tatsache liegt so fest, daß es keinen Fachmann in der Welt geben könnte, der das Weiß für Schwarz zu erklären wagen wollte. Jeder soll nur den Mut finden, auch an größeren Aufgaben sich zu messen (selbst gegen eine Meute anzukämpfen). Traurig genug, daß es unsere eigenen sogenannten Führer bereits dahin gebracht haben, daß sich — wie jetzt die Wahlvorgänge zeigen — die deutsche Bevölkerung bereits vor den Rachegelüsten der eigenen Führer fürchtet, grollend beiseite steht und alles gehen läßt, wie es — eben geht.

Der Schreiber dieser Zeilen, hat in allen seinen Ausführungen nichts hinwegzunehmen, mußte auch die von der Clique unterschobenen Randbemerkungen des Herrn Sachverständigen unbeachtet lassen. Es wäre auch sicherlich sehr unangebracht, mit so hochstehenden Persönlichkeiten ungleiche Waffen zu kreuzen. Jedoch möge es nicht als zu kühn aufgefaßt, vielmehr der nötigen öffentlichen Aufklärung zugeschrieben werden, wenn ich an den Herrn Sachverständigen Herrn Dr. Ing. Lopuszanski einige Gewissensfragen in aller Ehrfurcht zu richten mir erlaube und zwar vorläufig — wie es in Fachkreisen üblich ist — zunächst in privater Briefform, damit jeder Widerrede die Spitzen benommen, der breiten Oeffentlichkeit jedoch ein mehr geklärtes Bild gegeben werden kann.

Es bedarf eventuell auch keiner besonderen Antwort, die Hauptsache wäre die Tat, die darin bestehen muß, daß der Bau dieser, mindestens **wirtschaftlichen Mißgeburt sofort** eingestellt und die Wiederherstellung der alten Wasserleitung betrieben bezw. für weitere Wasserzuflüsse gesorgt wird, damit zunächst die geschaffene Wassernot aufhört. Sodann haben wir den Bestand der vorhandenen Wasserleitung, die Maßnahmen unserer „guten Alten“ zu revidieren, mit dem Maßstab der Neuzeit zu messen und demnach für die Zukunft unter Beibehaltung der getrennten Trinkwasserversorgung (in beiden Städten vorhanden) eine große allumfassende Wasserversorgung vorzubereiten, nicht aber uns in einem kleinlichen Beginnen zu ergehen, das die Gemeinde nur zum sicheren Ruin führen müßte.

---

*) Für Form und Inhalt übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wojewodschaft Schlesien.

Neue bergpolizeiliche Anordnungen für die schlesischen Bergwerke.

Am Montag hat im Oberbergamt in Kattowitz unter dem Vorsitz des Vizedirektors Ing. Majewski eine Konferenz stattgefunden, an der sämtliche Vorstände der Bezirksbergämter teilgenommen haben. In der Konferenz wurden die neuen bergpolizeilichen Anordnungen behandelt, welche bereits im Jahre 1930 Geltung haben werden. Die neuen Anordnungen sind das Ergebnis einzelner Untersuchungen und Prüfungen, welche in den schlesischen Gruben durchgeführt wurden und zum Zwecke einer erhöhten Sicherheit für die Arbeitsweise des Bergmannes eingeführt werden.

Bielitz.

Gemeinderatssitzung.

Die letzte vor den kommenden Gemeinderatswahlen am Montag abgehaltene Gemeinderatssitzung, die von Bürgermeister Pongratz eröffnet wurde, hat eine umfangreiche Tagesordnung in zweistündiger Beratung rasch erledigt.

Zu Beginn der Sitzung interpellierte G. R. Fender den Bürgermeister in einigen Wohnungsangelegenheit, worauf zu Erledigung der Tagesordnung geschritten wurde.

Das Ansuchen der Theatergemeinde, wonach der Magistrat die Beleuchtung und Beheizung des städtischen Theater übernehmen soll, wurde genehmigt. Die jährlichen Ausgaben hiefür betragen 13.000 Zloty und kommen der deutschen und polnischen Theatergemeinde zugute.

Die Stadtgemeinde tritt mit einem monatlichen Beitrag von 100 Zloty als Mitglied dem Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose bei.

Bezüglich der Anteile der Gemeinde an der staatlichen Einkommensteuer wurde im Sinne eines Sektionsantrages beschlossen, Beträge, die weniger als 1 Zloty betragen, dem Städteverband zu überweisen, wenn alle anderen Gemeinden sich diesem Antrage anschließen.

Zur Ausbesserung des Weges zum Bahnhof in Altbielitz wird ein Betrag von 1200 Zloty bewilligt.

Die Frage der Uebernahme des Autobusverkehres durch die Stadtgemeinde auf der Linie Teschen—Bielitz wird fallen gelassen, nachdem wahrscheinlich der Zweckverband der Wojewodschaft den Verkehr eröffnen wird.

Eine Erweiterung der Konzession für kalte und warme Speisen sowie erlaubte Glücksspiele werden der Frau Komrowicz bewilligt.

Ein Gesuch des Realitätenbesitzers Karl Niesyt betreffend Befreiung von der Gemeindeumlage in Höhe von 247 Zloty wird abgewiesen.

Dem Chauffeur Karl Glett wurde eine Autodroschkenkonzession erteilt.

Durch eine Anleihe von 500.000 Zloty wurden die Kasernenaufbauten durchgeführt. Mit der Militärverwaltung wird daher die Stadtgemeinde einen Vertrag abschließen und den Mietszins festsetzen.

Franz Brzezina wurde das Ansuchen um eine Konzession für eine Liegenschafts-Vermittelungsbüro abgelehnt.

Die Herabsetzung der Steuer bei Verträgen über Eigentumsübertragungen von Liegenschaften wird im Sinne des Sektionsantrages erledigt, wonach die Stadtgemeinde in gewissen Fälle keine höhere Steuer als der Staat nehmen wird.

Eine Weihnachtsgabensammlung und die Herausgabe von Neujahrsgratulationsenthebungskarten wird beschlossen.

Die Auflassung der ul. Stallmacha wird beschlossen, wenn die Eigentümer der an der Straße liegenden Grundstücke dieselbe mit 15 Dollar pro Quadratklafter bezahlen.

Die Verlegung der ul. Strzelnica von der Säge Korn bis zur ul. 3-go Maja wird beschlossen, da von der Wojewodschaft für dieses Projekt ein günstiges Angebot vorliegt.

Eine Zufahrtsstraße zu den Fabriksbetrieben der Polnisch-Holländischen und Belgisch-Polnischen Gesellschaft wird genehmigt.

Der Parzellierungsplan der Firma Korn an der Schießhausstraße wird im Prinzip genehmigt. Der Magistrat beabsichtigt daselbst einen Platz zu kaufen auf dem eine Grünanlage entstehen soll.

Die Verlängerung des Strompreisprovisoriums wird bis Ende Februar genehmigt.

Hierauf folgte die vertrauliche Beratung.

Vom Auto überfahren. Am Montag, um 10.30 Uhr vormittags, wurde von dem halbschweren Lastenauto der Firma „Telerita“ aus Biala, auf der ul. Walowa in Bielitz ein gewisser Heinrich Gutter aus Chrzanow überfahren. Er erlitt erhebliche Kopfverletzungen und wurde in das Bielitzer Spital eingeliefert Gutter hatte die Warnungssignale des Autos überhört.

Brotpreise. Der Magistrat der Stadt Bielitz bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß in der Stadt Bielitz ab 27. November nachstehende Brotpreise gelten: 1 kg. Kornbrot 70 Prozent 50 Groschen, 1 kg. Schwarzbrot 46 Groschen. Ueberschreitungen obiger Preise unterliegen einer Bestrafung im Sinne der Art. 4 und 5. der Verordnung des Präs. vom 31. 8. 1926, Dz. U. Nr. 91, poz. 527.

Biala.

Grober Unfug. Durch eine mächtige Rauchwolke wurde am Montag vormittags die Feuerwehr in die Nähe des Waldes gerufen. Als die Feuerwehr an Ort und Stelle eintraf, brannte daselbst eine Menge von etwa vier Fuhren Holzästen. Ein Unbekannter hatte die Holzäste in Brand gesteckt, um einen Waldbrand vorzutäuschen.

Kattowitz.

Eine Taschenuhr beschlagnahmt. Die Polizei hat in dem Geschäftslokal Krakowski auf der ul. Mlynska in Kattowitz eine silberne Taschenuhr beschlagnahmt. Auf dem Deckel des Uhrengehäuse ist ein Monogramm D. J. eingraviert. Im Inneren des Deckel befindet sich die Inschrift „Für treue Arbeit, die Grafen Edgar. Edwin und Alfons Henkel von Donnersmarck“. Die Uhr wurde in dem Geschäftslokal von dem bekannten Dieb Gruszczyk aus Nikolai verkauft. Der Eigentümer möge die Uhr nach Beweiserbringung des Eigentumrechtes im Kriminalamt in Kattowitz, Zimmer 95, abholen.

Tödlicher Betriebsunfall. Am Montag, um 8 Uhr früh, wurde beim Ueberschreiten der Schachtanlage auf der Kleofasgrube der Bergmann Josef Pietruszka von einem Aufzug erfaßt und zu Tode gequetscht. Die Bergbehörden haben eine Untersuchung eingeleitet um die Ursache des Unfalles festzustellen.

Diebstahl. Vor dem Geschäftsladen des Kaufmannes Rasner in Kattowitz hang ein Hase. Ein gewisser Anton Ptok eignete sich denselben an und suchte das Weite. Er wurde jedoch eingeholt und der Polizei übergeben. Ptok wird auch seit längerer Zeit von den Gerichtsbehörden in Sosnowitz gesucht, woselbst er überstellt wurde.

Mit dem Wagen in das Schaufenster hineingefahren. Der Kutscher August Wrona aus Welnowiec ist beim umlenken des Wagens auf der ul. Dyrekcyjna in Kattowitz in das Schaufenster des Kaffeehauses Maximilian Rimy hineingefahren, wodurch die Scheibe zertrümmert wurde. Der Schaden beträgt 1000 Zloty. Personen sind nicht zum Schaden gekommen.

Defraudation. In der Sterbekasse der Richtergrube in Siemianowitz wurde ein Fehlbetrag entdeckt, den der Kassierer Blachecki veruntreut hat. Blachecki ist Mitglied des deutschen Bergarbeiterverbandes sowie Betriebsratmitglied auf der Richtergrube.

Königshütte.

Es ist ihm nicht gelungen. Zu einem gewissen K. Cz. in Königshütte kam eine Person, welche 20 Säcke Hafer bestellte, die im Lager der Gebrüder Ofner abgeladen werden sollten. Als der Kaufmann die Ware abliefern wollte, erfuhr er, daß die fragliche Firma keine Bestellung aufgegeben hatte. Die Polizei hat in dieser Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet.

Garderobendiebstahl. In die Wohnung des Georg Bonicki in Königshütte sind unbekannte Diebe mittels Nachschlüssel eingedrungen und haben eine größere Anzahl von Garderobenstücken im Werte von mehreren Hunderten Zloty gestohlen.

Autozusammenstoß. Das Personenauto Sl. 7171, welches vom Besitzer Waclaw Olszak gesteuert wurde, ist am Platz Kopernika in Königshütte in ein Lastenauto hineingefahren. Dabei wurden beide Autos und ein daneben stehender Halbwagen beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Schuld an dem Unfall trifft den Besitzer des Personenautos Olszak, welcher den Zusammenstoß infolge schnellen und unvorschriftsmäßigen Fahrens verschuldet hat.

Ein ungetreues Dienstmädchen. Das Dienstmädchen Angela Sokal hat während eines zeitweisen Aufenthaltes in der Wohnung der Elisabeth Krzyszczyk vom Küchenbüfett 22.50 Zloty gestohlen. Die Wohnungsinhaberin hat für bei Ausführung des Diebstahles ertappt und die Anzeige erstattet.

Veruntreuung. S. W. in Königshütte erstattete die Anzeige, daß ihm ein gewisser H. J. Kohle im Werte von 200 Zloty veruntreut hat.

Wohnungseinbruch. In die Wohnung des Abraham Lefinger in Neuheiduk sind unbekannte Diebe eingedrungen und haben einen Pelzmantel im Werte von 200 Zloty sowie eine größere Anzahl von Anzügen gestohlen. Die Diebe sind in die Wohnung mittels Nachschlüssel eingedrungen.

Myslowitz

Das Ergebnis der Krankenkassenwahlen in Myslowitz

Am Sonntag haben die Wahlen zur Ortskrankenkasse in Myslowitz stattgefunden. Der Wahlausgang ist folgender. Es erhielten die Liste Nr. 1 (polnische Arbeitgeber) 371 Stimmen: 1 Mandat, Liste Nr. 2 (polnisch-deutsche Arbeitgeber) 945 Stimmen: 5 Mandate. Die Arbeitnehmerliste Nr. 1 erhielt 351 Stimmen: 6 Mandate, Liste Nr. 2 (polnische Gewerkschaften) 339 Stimmen: 6 Mandate.

Wem gehört der Wagen? Am Polizeikommissariat in Zalenze befindet sich ein zweiräderiger Wagen, welchen eine unbekannte Person auf der Straße stehen ließ und darauf flüchtete. Der Wagen kann vom Eigentümer am Kommissariat abgeholt werden.

Ein Autobus verbrannt. Am Sonntag ist am Hofe neben der Garage auf der ul. Bytomska 20 in Myslowitz ein Autobus des Besitzers Josef Adamaschek niedergebrannt. Die Ursache ist im Platzen eines Benzinrohres beim Motor zu suchen. Der Schaden beträgt etwa 15.000 Zloty.

Pleß.

Ein Herbstvergnügen der Ortsgruppe des deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes in Zmielin.

Die Ortsgruppe des Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes in Imielin, die eine recht ruhige Tätigkeit entfaltet, hat am Sonntag, den 24. d. M., im Saale des Gasthauses Stolorz ein Herbstvergnügen veranstaltet. Die Beteiligung an dem Vergnügen war recht erfreulich, da etwa 200 Personen anwesend waren, die den Musikklängen lauschten und auch das Tanzbein schwangen. Einigen Anhängern der Kustospartei scheint die Tätigkeit des Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes in die Augen zu stechen. Denn das veranstaltete Vergnügen gab ihnen Anlaß, gegen den Bund loszuziehen. Sie brachten an einem Baum ein Plakat mit der Inschrift an, daß der Deutsche Kultur- und Wirtschaftsbund ein Anhängsel der Sanacja sei und die Bewohner Imielins das Vergnügen nicht besuchen sollten. Die günstige Entwicklung der Ortsgruppe des Bundes hat den Anhängern der Kustospartei einen großen Schrecken in die Glieder gejagt. Ihre Absicht, das Herbstvergnügen zu diskreditieren, ist mißlungen, wie es der Besuch des Vergnügens bewiesen hat. Das Herbstvergnügen ist in harmonischer Weise verlaufen, sodaß es allen Teilnehmern in freundlicher Erinnerung bleiben wird. Der Ortsgruppenvorstand wird in seiner erfolgreichen Werbetätigkeit für den Bund nicht erlahmen.

Aus der Jagdchronik. Infolge des strengen Winters sind sehr viel Hasen eingegangen, weshalb der Hasenstand in den Wäldern ein schwacher ist. Aus diesem Grunde hat die Fürstlich Plessische Verwaltung keine Absicht in diesem Jahre eine Hasentreibjagd zu veranstalten. Dagegen haben sich die Fasanen sehr stark vermehrt, weshalb eine größere Anzahl zum Abschluß gelangen wird.

Rybnik.

Selbstmord. Auf der Eisenbahnstrecke Jastrzemb-Bad stürzte sich ein unbekannter Mann vor den fahrenden Zug und wurde überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. In der Kleidung des Selbstmörders wurden eine Taschenuhr, ein Taschenmesser und ein leeres Geldtäschchen gefunden. Die Identität des Selbstmörders sowie die Ursache des Selbstmordes konnten nicht festgestellt werden.

Einbruchsdiebstahl. Unbekannte Täter sind in die Wohnung des Hausverwalters Julian Obrocki in Krzyszowice eingedrungen. Die Diebe haben eine Jagdflinte mit Doppellauf, eine Drillingsflinte, einen Karabiner, System „Mauser“ und einen Karabiner, System „Manlicher“ sowie verschiedene Schmuckgegenstände gestohlen. Der Gesamtwert beträgt 6000 Zloty.

Schwientochlowitz.

Ehrung eines Lebensretters. Der Minister des Inneren hat dem Eisenbahner Adolf Kalemba in Bismarckhütte die Rettungsmedaille für die Rettung eines Ertrinkenden verliehen.

Tarnowitz.

Prüfung für Eisenbahnergehilfen. In den letzten Tagen hat in der Fortbildungsschule in Tarnowitz unter dem Vorsitz des Wojewodschaftsrates Ing. Zaleski eine Prüfung von älteren Eisenbahnergehilfen des Maschinenschlosserfaches stattgefunden. Die Prüfung leiteten der Maschinenbaumeister Szdzuj aus Rydultau sowie H. Gaida aus Kattowitz und der Leiter der Fortbildungschule Krupon. Die Prüfung haben sämtliche Kandidaten und mit sehr guten Erfolg Georg Mienczok in Tarnowitz bestanden.

Teschen.

Verhaftung. Durch den Polizeiposten in Skotschau wurde ein gewisser Johann Dujek, tschechischer Staatsbürger, zuletzt wohnhaft in Wislicy, Bezirk Teschen, verhaftet. Dujek hat am 14. ds. auf die Person des Karl Sliz aus Wislicy einen Raubüberfall verübt, wobei er seinem Opfer 1000 Zloty geraubt hat. Dujek wurde den Gerichtsbehörden in Skotschau überstellt.

Was sich die Welt erzählt.

Die deutsch-französische Verständigung

Köln, 26. November. Ueber die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung auf geistigem Gebiet sprach gestern der frühere französische Kultusminister Senator de Monzie in Köln. In seinem Kölner Vortrag rinnerte de Monzie zunächst an die Gründung des Institutes für geistige Zusammenarbeit. Er betonte, daß es sich jetzt darum handele, den Frieden auf geistigem Gebiet herbeizuführen um auf diese Weise den Völkerfrieden vorzubereiten und zu festigen.

Unruhen in Palästina.

London, 26. November. In Palästina kam es zu Unruhen anläßlich des in der Hafenstadt Jaffa von den Arabern durchgeführten Streikes. Die Araber hatten den Streik verkündet, um gegen die Verhaftung mehrerer Araber in Jaffa zu protestieren. Eine Menge von ungefähr 300 Arabern versuchte in das Amtsgebäude des englischen Bezirksgouverneurs einzudringen, um eine Unterredung zu erzwingen. Der Polizei gelang es schließlich unter Anwendung von Gewalt, die Menge zu zerstreuen. In Jaffa ist ein englisches Kriegsschiff eingetroffen und aus Jerusalem sind militärische Verstärkungen entsandt worden, um neue Unruhen zu verhindern.

Die österreichische Arbeiterschaft zur Anschlußfrage.

Köln, 26. November. Ueber die Stellung der österreichischen Arbeiterschaft zur Anschlußfrage **sprach der Vorsitzende der Wiener Arbeitskammer gestern in Köln bei einem** Vortrag über Oesterreichs Sozialpolitik. Der Redner erklärte, daß der Anschlußgedanke in Oesterreich heute nach wie vor von allen Parteien vertreten werde. Insbesondere kämpfe die österreichische Arbeiterschaft, die sich mit der deutschen Arbeiterschaft durch eine unauflösliche Schicksalsgemeinschaft verbunden fühle, auch heute noch mit der gleichen Entschiedenheit wie in den ersten Jahren nach dem Kriege für den Anschluß an Deutschland. Die österreichische Arbeiterschaft geht dabei von der Erkenntnis aus, daß der Zusammenschluß Oesterreichs und Deutschlands in Zukunft nicht mehr aufzuhalten sei und daß beide Länder kulturell, sozial und national ein organisches Ganzes darstellen.

Amerikanischer Expreßzug von einem Räuber ausgeraubt.

Cheyenne, (Wyoming), 26. November. Ein nach Westen gehender Expreßzug der Union Architect wurde drei Meilen östlich von Cheyenne von einem Räuber angehalten. Der Räuber hatte den Zug durch Lockerung der Schienen zum Entgleisen gebracht, war dann durch den Zug gegangen und hatte sämtlichen Passagieren die Wertsachen geraubt. Das Zugpersonal überbrachte hier die Nachricht von dem Ueberfall, worauf alle verfügbaren Polizeikräfte ausgesandt wurden, doch war der Räuber bereits entflohen.

Sportnachrichten.

Oberschlesischer Sport.

1. F. C. — Orzel 3 : 2 (1 : 1). Orzel führte bereits 2 : 1, ließ dann aber nach und mußte sich in den letzten Minuten von den Kattowitzern geschlagen geben. Tore für 1. F. C. Joszke (2) und Pospiech, für Orzel Widera (2).

Pogon — J. K. S. 3 : 2 (1 : 1). Die junge Mannschaft des J. K. S. macht gute Fortschritte und gab Pogon einen ebenbürtigen Gegner.

Rozdzien — Iskra, Siemianowice 8 : 3 (3 : 1).

Slavia, Ruda — K. S. 06 Kattowitz 2 : 3 (0 : 1). Slavia vergab einen Elfmeter. Tore für 06 Lamuzik, für Slavia Matonia und Slotosz.

Generalversammlung des Schlesischen Boxverbandes.

Am Sonntag fand in Kattowitz die Generalversammlung des Schlesischen Boxverbandes statt. Der Verlauf derselben war ziemlich stürmisch. Als Präses wurde Inspektor Jeziorowski, als Sekretär Wieczorek, als Verbandskapitän der frühere Boxer Wende gewählt.

Der Schl. Boxverband steht vor dem Engagement eines italienischen Trainers und dürften die diesbezüglichen Verhandlungen in nächster Zeit zum Abschluß gelangen.

Internationale Boxkämpfe in Posen.

Vergangenen Samstag fanden in Posen Boxkämpfe, darunter zwei internationale statt. H. Cegielski hatte die Berliner Mannschaft „Heros" zu Gaste. Im Leichtgewicht gewann Aniola über Werner nach Punkten. Halbschwergewicht: Belgner (Berlin) schlägt Tomaszewski nach Punkten. Fliegengewicht: Fromberg (Warta) schlägt Buszka (HCP) nach Punkten. Kokocinski (Warta) schlägt Pacerczyk (HCP) nach Punkten. Bantamgewicht: Lebinski (HCP) — Gorny (Warta) unentschieden. Federgewicht: Wyzykiewicz (Warta) schlägt Fiebig (HCP) nach Punkten. Gem. Gewicht: Forlanski (Federgewicht) schlägt Radonski (HCP) k. o. Leichtgewicht: Matuszewski (Warta) schlägt Fabisz (HCP) nach Punkten.

Die Wiener Meisterschaft.

Die Spiele der Wiener Meisterschaft nahmen folgenden Verlauf:

Rapid — Hakoah 6 : 2 (3 : 0).
Hertha — Vienna 1 : 0 (1 : 0).
W. A. C. — Admira 1 : 1 (0 : 0).
Nicholson — F. A. C. 1 : 1 (1 : 0).

Vor Beendigung der Ligameisterschaft

Die beiden Ligaspiele des Sonntags haben noch keine Klärung gebracht, welcher Verein dem 1. F. C. beim Abstieg in die A-Klasse Gesellschaft leisten wird. Sowohl Ruch als auch Czarni sind von diesem Schicksal bedroht. Schon der kommende Sonntag, der das letzte Ligaspiel Garbarnia — Ruch bringt, wird die Entscheidung darüber bringen. Dieses Spiel ist ein Wiederholungsspiel, da einem Protest der Garbarnia gegen das 3 : 0 verlorene Spiel in Königshütte stattgegeben wurde. Jetzt hat aber Ruch wieder Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt und ist es möglich, daß dieser Berufung stattgegeben wird, in welchem Falle Czarni in die A-Klasse absteigen würde.

Jedenfalls ist der Abstieg sowohl des einen als auch des anderen Vereines unangenehm. Czarni ist der Begründer des Fußballsportes in Kleinpolen, Ruch der letzte oberschlesische Repräsentant in der Liga. Jedenfalls sind aber die Touristen bereits außer Gefahr, da sie das unentschiedene Spiel gegen Legia davon errettet hat. Die Reihenfolge der übrigen Ligavereine steht bereits fest und muß sich der vorjährige Meister Wisla mit dem 3. Platz zufrieden geben.

Theater

„Die Keuschheitskonkurrenz".

Von Richard Manz.

Ein rechtes Volksstück, ausreichend, aber nicht anstößig derb. Unterstrichen erothisch, aber in der Urwüchsigkeit des ungeschliffenen Naturmenschen durchaus nicht anwidernd. Jedenfalls verdaulicher als die lüsterne Erotik modernster Lustspiele, speziell französischer **Provinienz. Die Keuschheitskonkurrenz** der Dorfschönen fällt natürlich miserabel aus. Das Vor- und Nachspiel zu diesem Kulminationspunkt baut die Handlung auf, die allerdings keinen Anspruch auf besondere Wertung geltend machen kann. Mit viel kernigem Humor durchsetzt, sorgt sie aber für das Amüsement der Zuhörer.

Die Erstaufführung dieses saftigen Volksstückes war wieder ein beachtenswerter Erfolg der Bielitzer Bühne. Das Dialektsprechen ist gewiß keine leichte Angelegenheit. Das diesbezüglich nicht von allen Mitspielern Mißtöne vermieden werden konnten, ist daher natürlich, wenn es auch arg störend wirkt. Prachtvoll der Knecht „Wastl" des Herrn Triembacher und die mit allen Salben geschmierte Hauptkonkurrentin um den Keuschheitspreis, die Kellnerin „Leni" der Fr. Hansi Jarno, alles umgeschminkt und so herzerfrischend naturecht, daß diese Leistung schwer überboten werden kann. Erfolgreich beschäftigt die Damen Aschauer, Kurz, Sturm und die Herren Benesch, Herbe und Preses. Sehr sympathisch der alte Dorfpfarrer des Direktor Ziegler in seiner Hilflosigkeit in diesem so sehr versumpften Milieu. Recht gut skizzierte Dorfgrößen der „Staudacher" des Herrn Simmerl und der vom Johannistrieb geplagte alte Sünder und Bürgermeister des Herrn Krastel, welch letzterer wieder für ausgezeichnete Regie sorgte. M.

*

Heute, Mittwoch, den 27. ds. abds. 8Uhr, im Abonnement (Serie blau) „Die Keuschheitskonkurrenz", ein keckes Stück in drei Akten von Richard Manz. Ende 10 Uhr.

Am Freitag, den 29. ds. abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot) „Die Keuschheitskonkurrenz", ein keckes Stück in drei Akten von Richard Manz. Ende 10 Uhr.

Nachdem bisher „Wie es Euch gefällt" sowie „Viel Lärm um nichts" über unsere Bühne gegangen sind, findet Samstag die erste Aufführung einer Neuinszenierung des Shakespearischen Meisterlustspiels „Was Ihr wollt" statt.

Neben dem Titel „Was Ihr wollt" führt dieses 1601 zum erstenmal aufgeführte Lustspiel von Shakespeare im Englischen die Ueberschrift „Dreikönigsabende" England feierte diesen Abend mit Punsch, Küchen und volkstümlichen Liedern. Und hat auch dieser Titel zum Inhalt keine eigentliche Beziehung, so atmet doch das ganze Stück die feierliche Ausgelassenheit eines solchen Abends. Bei aller Derbheit der lustigen Situationen schwingt durch das Stück die keusche Charme einer Legende, die zarte Glückseligkeit einer alten Liebesmelodie. Torheit und Weisheit, Witz und Liebe reihen sich die Hände und begehen ein Fest bezaubernder Harmonie.

Herr Walter Simmerl hat für die im Stücke notwendigen Lieder Musik von Robert Schumann zusammengestellt, ebenso für den Entreakt aus der „Kleinen Nachtmusik" von Mozart.

DER GEIGER AUS DER ROLAND-BAR

ROMAN VON FRITZ POPPENBERGER

11. Fortsetzung.

„Aber ich bitte dich! Was fällt dir denn ein? Wir, du und ich, gehören zusammen und bleiben beisammen. Weswegen regst du dich eigentlich auf?"

„Ich habe vom Vestibül zugesehen, wie du dich mit ihr beschäftigt hast. Das gefällt mir nicht."

„Aber davon ist doch keine Rede. — Apropos, das hast du großartig gemacht, mit der Ohnmacht."

Luzie lächelte selbstgefällig. „Haben sie denn nicht nach mir gefragt?"

„Nein, sie waren so diskret und berührten deine Person auch nicht mit einem Worte."

Suchlinski machte es sich bequem, bestellte bei Johann, den er aus dem Schlaf läutete, einen Tee, und warf sich schwer auf das Sofa. „Bleibst du jetzt bei mir?"

„Selbstverständlich. Ich bin müde und werde doch jetzt, mitten in der Nacht nicht nach Hause gehen."

„Nun, ich habe nichts dagegen . . ."

Bald verlosch das Licht, daß die beiden Fenster des Zimmers Suchlinski erleuchtete, und die stattliche Villa lag in tiefem Dunkel.

— — — — — — — — — — — — — — —

Ilse stand auf der Klubtribüne und hob den Feldstecher an die Augen. „Ich habe gesagt, Tatar gewinnt das Rennen. Er hat schon aufgeholt. Er gewinnt sicherlich."

Warbach sah scharf auf die Rennbahn. „Nein, er gewinnt nicht. Er hält die Distanz nicht durch. Er wird wieder abfallen."

„Nun, wir werden sehen!" Ilse beugte sich weit über das Geländer und wandte ihr Auge keinen Moment von der Bahn. Der Rennsport war ihre größte Leidenschaft. Als sie am Vormittag, nach dem nächtlichen Bummel in der Roland-Bar, erwachte, waren ihre Schwärmereien verflogen. Bei hellem Sonnenschein erschien ihr das Erlebnis, wie sie es noch in der Nacht nannte, nicht einmal mehr eine kleine Episode. Farblos und verschwommen waren die Erinnerungen an den Tanz, Musik und Geiger.

Die Gedanken von Ilse waren auf das Rennen gerichtet, bei dem auch „Chevalier" aus ihrem Stalle zu laufen hatte. Ihr Vater mußte vor Monaten ihrem Drängen nachgeben und ihr einen Rennstall einrichten, obwohl er nur für diejenigen Pferde Interesse besaß, auf die er hoch gewettet hatte.

„Sehen Sie", sagte Warbach, „Tatar liegt bereits an zweiter Stelle. Ich habe Recht behalten."

„Ja, er ist kein Steher, er hätte am Anfang das Tempo vorlegen sollen, so aber hatte er keine Chance mehr. Schließlich ist es mir gleichgültig. Ist ja nicht mein Stall, und gewettet habe ich ja auch nicht. Hauptsache ist doch, daß mein Chevalier gut abschneidet . . ."

Das erste Rennen, ein Verkaufsrennen, das das große, sonntägige Frühjahrsmeeting eingeleitet hatte, war zu Ende. Ilse verließ die Tribüne. Für das zweite Rennen hatte sie ihren dreijährigen Chevalier nominiert. Doch war sie im Zweifel, ob sie ihn jetzt laufen lassen sollte, oder erst beim fünften Rennen, für das sie ebenfalls das Nenngeld erlegt hatte.

„Kommen Sie zum Paddock, ich möchte mich mit meinem Jockei beraten, ob ich Chevalier jetzt über zwölfhundert Meter oder erst beim fünften Rennen über achtzehnhundert Meter starten lassen soll."

Warbach ging mit Ilse, der das helle Kostüm wunderbar stand, zum Paddock. Der Chevalier stand in der Box und wurde gerade gesattelt.

Ilses Jockei, Mister Barson, streichelte den unruhig scharrenden Hengst. Den Gruß beantwortete er mit einem kurzen Berühren seiner Kappe.

„Nun haben wir Chancen?" fragte Ilse. „Soll ich Chevalier starten lassen?"

Barson war sichtlich erstaunt. „Sie sind noch im Zweifel? Graf Kleefeld hat Jaguar zurückgezogen, es bleibt also nur noch Narena und Colman übrig. Alle anderen sind keine Klasse. Das Rennen gewinnt Chevalier."

„Aber Narena?"

„Kommt nur für Platz in Betracht. Hat keinen Speed. Von Colman kann man dasselbe sagen."

„Nun, in Gottes Namen, reiten Sie, aber bringen Sie mir keine Enttäuschung."

„All right."

Ilse trat zurück. „Wo mag nur Papa stecken?" fragte sie Warbach.

„Der ist sicherlich im Ring und handelt mit Odds."

Kaum hatte Warbach die Worte ausgesprochen, als Merling pustend, mit rotem Kopfe, herbeikam. „Weißt du" — er wischte sich den Schweiß —, die Leute sind ganz verrückt mit deinem Chevalier. Er steht im Ring schon Par. Ich habe ihn noch eineinhalb zu eins bekommen. Er wird als sicherer Favorit betrachtet. Er muß siegen. Die Narena, die Stute des Granitzer, steht eins zu drei. Die anderen werden nur als Statisten betrachtet."

Fortsetzung folgt.

Volkswirtschaft.

Neue Aktiengesellschaften.

Das Statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht eine Zusammenstellung über die im ersten Halbjahr 1929 in Polen neugegründeten Aktiengesellschaften, deren Gesamtzahl sich auf 32 neue Gesellschaften mit insgesamt 23,127.000 Zloty Kapital stellt. Auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen sich die Neugründungen wie folgt: chemische Industrie **6 Aktiengesellschaften mit 7 Millionen Zloty Kapital**, Maschinenbau und elektrotechnische Industrie 4 Gesellschaften mit 5,5 Millionen Zloty, Textilindustrie 5 Gesellschaften mit 2,900.000 Zloty, Holzindustrie 2 Gesellschaften mit 2 Millionen Zloty, Bauindustrie 2 Gesellschaften mit 900.000 Zloty, Metallindustrie 1 Gesellschaft mit 250.000 Zloty, Bekleidungsindustrie 1 Gesellschaft mit 250.000 Zloty, Transportwesen 1 Gesellschaft mit 250.000 Zloty, Warenhandel 9 Gesellschaften mit 3,7 Millionen Zloty, wissenschaftliche und kulturelle Institutionen 1 Gesellschaft mit 900,000 Zloty Kapital. Darüber hinaus wurden im Transportgewerbe in der Berichtszeit zwei Filialen ausländischer Gesellschaften gegründet, von denen die eine ein Kapital in Höhe von 600 Millionen Lire angegeben hat.

Festlegung des neuen Eisenbahnfahrplans.

Im Eisenbahnministerium wurde eine Konferenz eröffnet, an der Vertreter sämtlicher Eisenbahndirektionen teilnehmen und auf welcher der Fahrplan für den Sommer 1930 festgelegt werden wird.

Verhandlungen über ein polnisch-russisches Post- und Telegraphen-Abkommen.

In nächster Zeit werden sich, Pressemeldungen zufolge, Vertreter des polnischen Post- und Telegraphen-Ministeriums, Abteilungsleiter Dr. Blachier und Ministerialrat Lukasiewicz nach Moskau begeben, um mit den dortigen Behörden Verhandlungen über den Abschluß eines polnisch-sowjetrussischen Post- und Telegraphen-Abkommens durchzuführen.

Kartellisierung in der Gerberindustrie.

Schon seit längerer Zeit wurde die Angelegenheit der Bildung eines Syndikats der polnischen Gerbereien besprochen. Jeder Gerberei, die dem Syndikat zutritt, soll ein Kontingent zugewiesen werden, daß sich in der Berechnung auf die Ausmaße der bisherigen Produktion stützen wird. Ferner werden die Waren durch Vermittlung der Verkaufszentrale verkauft werden, die vom Syndikat organisiert werden soll. Die Waren sollen in einige standardisierte Hauptarten zu festgesetzten Preisen eingeteilt werden. Die Kaufleute werden die Ware, abhängig von den Vorräten der Zentrale kaufen können.

Das Syndikat soll die Hersteller von harten Häuten, Juchtenhäuten und Häuten, die zur Bedeckung von Möbeln verwendet werden, umfassen.

Wenn das Syndikat nicht zustande kommen sollte, soll in jedem Falle eine Konvention gebildet werden, d. i. eine Art Verständigung zwischen allen größeren Gerbereien, zwecks Normierung des Handels, Festsetzung und Vereinheitlichung der Kaufs- und Verkaufsbedingungen, des Kredits usw.

Radio

Mittwoch, den 27. November.

Warschau. Welle 1411: 17,45 Nachmittagskonzert. 19,25 Schallplattenmusik. 20,15 Feuilleton. 20,30 Konzert. 23,00 Tanzmusik.

Krakau. Welle 313: 17,45 Nachmittagskonzert. 19,00 Vorträge. 20,00 Abendkonzert. 22,10 Uebertragung aus Warschau. 23,00 Konzert.

Kattowitz. Welle 416.1: 17,45 Uebertragung aus Warschau. 19,10 Musikalisches Intermezzo. 20,30 Uebertragung aus Warschau. 23.00 Briefkasten.

Berlin. Welle 418: 16,20 Konzert. 17,20 „Städtebilder“. 17,50 Konzert der Wiener Sängerknaben. 18,15 „Rattenbekämpfung und ihre Bedeutung für das allgemeine Volkswohl“. 19,20 Unterhaltungsmusik. 20,00 Fortsetzung der Unterhaltungsmusik. 20,30 Arnold Schönberg-Programm. Danach bis 0,30 Tanzmusik.

Breslau. Welle 253: 16,30 Berühmte Dirigenten. 18,40 Musik genießen oder Musik begreifen. 19,05 Heinrich Kaminski. 20,05 Blick in die Zeit. 20,30 Paul Lincke-Abend unter persönlicher Leitung des Komponisten.

Prag. Welle 487: 11,15 Schallplattenmusik. 12,30 Mittagskonzert. 16,30 Ein Stündchen für Kinder. 17,30 Deutsche Sendung. Hans Lichtwitz, Prag: Rezitationen. 19,05 Rundfunkextension. Opernregie. 19,45 Einführung zum Konzert. 20,00 Uebertragung aus dem Smetana-Saal. Außerordentliches Konzert d. Tschechischen Philharmonie. Festkonzert anläßlich des 60. Geburtstages J. B. Foersters.

Wien. Welle 517: 11,00 Vormittagsmusik. 15,30 Musikalische Jugendstunde. 17,45 Der Sängerberuf. 18,15 Geistige Arbeit und physische Hygiene. 18,45 Esperantobewegung. 19,30 Aus der Staatsoper Wien: „Cosi fan tutte“, Oper. 22,00 Abendkonzert.

Börsen

Warschau, den 26. November.

New York 8.89.75, London 43.50, Paris 35.12, Wien 125.43, Prag 26.43, Italien 46.69, Schweiz 173.07, Holland 359.95, Berlin. 213.44.

Dollar im Privatverkehr 8.90.25. Tendenz fester.

Zürich. Warschau 57.75, New York 5.1520, London 25.13, Paris 20.28, Wien 72.47, Prag 15.28, Italien 26.97, Belgien 72.05, Budapest 90.23, Helsingfors 12.95, Sofia 3,73, Holland 207.95, Oslo 138.02, Kopenhagen 128.02, Stockholm 138.55, Spanien 70.75, Bukarest 3.07, Berlin 123.31, Belgrad 9.12.

Eigentümer: Red. C. L. Mayerweg, und Red. Dr. H. DattnVerantwortlicher Redakteur: Red. Anton Stafinski, Bielsko. L. Mayerweg. Druckerei „Rotograf“, alle in Bielsko.
er. Herausgeber: Red. Dr. H. Dattner. Verleger: Red. C.